

N o t i z

an die Mitglieder des interdepartementalen Ausschusses
für Nahrungsmittelhilfe in Getreide

24. Sondersession des Komitees für die Nahrungsmittelhilfe
vom 18. Februar 1976 in London

Sehr geehrte Herren,

Wir möchten Sie mit folgendem Kurzbericht über den Ausgang
der Verhandlungen im Komitee für die Nahrungsmittelhilfe
orientieren:

3. Verlängerung durch Protokoll des Uebereinkommens von
1971 betreffend Nahrungsmittelhilfe

Bei der Behandlung dieses Traktandums wies Präsident L.
Ter Mul (EWG) darauf hin, dass obiges Uebereinkommen am
30. Juni 1976 ablaufe und die Mitglieder des Komitees be-
reits anlässlich der Dezembersession den Wunsch geäussert
hätten, es für die gleiche Dauer wie die Weizenhandels-
konvention zu verlängern. Die EWG erklärte sich bereit,
an der Erstellung der Protokolle mitzuwirken und trat für
eine Verlängerung der beiden Uebereinkommen um zwei Jahre
ein. Sie wünschte, im Protokoll für die Verlängerung der
Nahrungsmittelhilfekonvention aufgeführt zu werden und
erwähnte, dass die EWG auf der Ebene der Kommission noch
zu keiner Einigung gelangt sei und ihre Teilnahme daher
durch Beitritt erfolgen werde. Es wurde beschlossen,
in diesem Fall der Konferenz die Variante "B" des Pro-
tokolls zu unterbreiten. Die Schweiz bemerkte, sie würde
entsprechend der Mehrheit der Mitglieder einer Ver-
längerung von ein bis zwei Jahren zustimmen, doch könne
sie erst nach der Behandlung ihres Begehrens durch das
Komitee sich hierzu definitiv äussern. Japan und die

USA setzten sich ebenfalls für eine Verlängerung um zwei Jahre ein und die andern Mitglieder waren damit stillschweigend einverstanden. Einzig Australien machte den Vorbehalt, es könne sich vorläufig noch nicht auf zwei Jahre verpflichten, weil die Regierung gegenwärtig die Ausgabenposten überprüfe.

Behandlung des schweizerischen Begehrens

Zur Einführung wurde unserem Land Gelegenheit geboten, zum schriftlichen Begehren vom 16. Januar 1976 (Doc. FA24/6 vom 23.1.1976) nochmals Stellung zu nehmen und es noch näher zu begründen. In leichter Abänderung des Ihnen mit Schreiben vom 11. Februar unterbreiteten Entwurfes tat sie es gemäss Beilage 1.

Australien lehnte unseren Vorschlag ab, weil sonst ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen würde. Auch Canada teilte diese Auffassung und wünschte von der Schweiz zu wissen, welche Menge Milchprodukte sie liefern würde. Die Schweiz erwiderte, es bestehe die Absicht, je ein Drittel des Beitrages von 32'000 t Getreide in eigenen Milchprodukten, in schweizerischem Backmehl und in Geldspenden an Entwicklungsländer für den Ankauf von Getreide oder Mehl in Mitgliedländern des Uebereinkommens zu leisten. Die Lieferung der Milchprodukte würde fob Verschiffungshafen und zum Weltmarktpreis erfolgen. Die USA opponierten gegenüber diesem Begehren mit der Begründung, dieses Uebereinkommen sei ursprünglich für die Nahrungsmittelhilfe in Form von Getreide (hauptsächlich Weizen und Grobgetreide sowie ausnahmsweise Reis) geschaffen worden. An beiden Verhandlungskonferenzen von 1967 wie 1971 seien Vorschläge zur Erfüllung der Verpflichtungen in anderer Form als Getreide (ausgenommen Gegenwert in Geld für den Ankauf von Getreide) abgelehnt worden. Obwohl die Schweiz wahrscheinlich nur in beschränktem Rahmen von der Lieferung von Milchprodukten Gebrauch machen würde, könnte damit ein Präjudiz geschaffen werden, welches zu einer beträchtlichen Ausweitung der Nahrungsmittelhilfe in Form von anderen

Produkten als Getreide führen würde. Die Schweiz widerlegte die Behauptung der USA hinsichtlich einer bisherigen Beschränkung der Leistungen auf Getreidelieferungen mit dem Hinweis auf die Sonderregelung für Japan, welches Land ausser Reis von Entwicklungsländern, die Nichtmitglieder des Uebereinkommens sind, auch landwirtschaftliches Material liefern dürfe. Somit sollte auch unserem Land eine ähnliche Ausnahme gewährt werden. Einzig von der EWG erhielt die Schweiz eine gewisse Unterstützung, indem diese erklärte, die Gemeinschaft stehe unserem Begehren nicht unsympathisch gegenüber, doch müsse die Rechtsfrage noch abgeklärt werden. Sie empfehle deshalb, unser Begehren erst an der nächsten Konferenz im Juni zu prüfen. (Bemerkung: wahrscheinlich wäre dann die EWG mit einer ähnlichen Forderung gekommen!). Auf Antrag des Präsidenten wurde jedoch auf diesen Vorschlag nicht eingetreten und unser Begehren nach der negativen Stellungnahme von Australien, Argentinien, Canada sowie der USA und mit stillschweigender Zustimmung der andern Länder definitiv abgelehnt. Die Schweiz gab hierauf die vorbereitete und Ihnen bekannte Erklärung mit geringfügigen Aenderungen ab. Bei der Konferenz vom 20. Februar gab unsere Delegation den folgenden Vorbehalt zu Protokoll:

"Notre pays ne pourrait adhérer au Protocole portant 3ème prorogation de la Convention relative à l'aide alimentaire de 1971 que si tous les membres du Protocole actuel continuaient à y participer avec les mêmes contributions et pour deux ans. Malgré la décision négative du Comité de l'aide alimentaire concernant l'acquittement par la Suisse d'une partie de ses engagements envers la Convention sous forme de produits laitiers du pays, et par souci de solidarité internationale et de continuité de l'aide alimentaire si indispensable aux pays en voie de développement, la Délégation suisse proposera à son gouvernement, en réservant formellement sa décision, de proroger de deux ans la Convention de l'aide alimentaire. Elle reste cependant d'avis qu'un nouvel accord portant sur l'aide alimentaire devrait être fondé sur une base plus large et ne pas être restreint à la livraison de céréales ou de produits céréaliers."

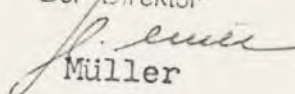
Anschliessend wurde beiliegende Mitteilung (Beilage 2) von Norwegen verlesen, welches seit 1971 nicht mehr am Uebereinkommen beteiligt ist.

Selbstverständlich bedauert unsere Delegation die Ablehnung des schweizerischen Begehrens durch das Komitee für die Nahrungsmittelhilfe sehr. Wir haben jedoch mit einem negativen Ausgang rechnen müssen, nachdem das Uebereinkommen nur verlängert und nicht neu verhandelt wird. Immerhin wurde den Mitgliedern durch diese Intervention klar gemacht, dass unser Land sich an einem neuen Abkommen über Nahrungsmittelhilfe nur beteiligen könnte, wenn es auf eine breitere Basis gestellt würde und auch die Lieferung von anderen Produkten als Getreide und Getreideprodukte vorsieht. Nach dem Beschluss des Komitees, dieses Uebereinkommen in unveränderter Form um weitere zwei Jahre zu verlängern, wäre eine Erklärung der Schweiz, wonach sie sich bereits nach einem Jahr davon zurückziehen müsse, von den Mitgliedern und vor allem von den Entwicklungsländern schlecht aufgenommen worden. Es darf dabei nicht übersehen werden, dass der schweizerische Beitrag mit knapp 0,8% an dieser Nahrungsmittelhilfe sehr bescheiden ist und durch die Gewährung von Geldspenden für den Ankauf von Getreide auf Basis eines nicht mehr marktmässigen Preises (Anrechnungspreis US.\$ 63.56662 je Tonne Weizen fob Verschiffungshafen gegenüber einem heutigen Marktpreis von rund US.\$ 145.--) noch reduziert wird. Durch die Lieferung von schweiz. Backmehl und die Gewährung von Geldbeiträgen zum Ankauf von Getreide oder Mehl an Entwicklungsländer kann jedoch die Schweiz trotz des ihr hierfür zur Verfügung stehenden limitierten Kredites wertvolle Hilfe leisten und Not lindern.

Aus den dargelegten Gründen werden wir dem Bundesrat beantragen, einer weiteren Verlängerung des Uebereinkommens von 1971 betr. Nahrungsmittelhilfe um zwei Jahre zuzustimmen und vom Vorbehalt nicht Gebrauch zu machen. Für die gleiche Dauer soll auch das Uebereinkommen von 1971 betr. Weizenhandel verlängert werden. Wir werden Ihnen in den nächsten Tagen den Entwurf für den Antrag an den Bundesrat zur Stellungnahme zustellen und hoffen sehr, dass Sie sich mit einer Verlängerung der beiden Uebereinkommen um weitere zwei Jahre einverstanden erklären können.

Mit freundlichen Grüssen
Eidgenössische Getreidewerwaltung

Der Direktor


Müller

2 Beilagen erwähnt.

Monsieur le Président,

La Délégation suisse vous sait gré d'avoir rapidement porté à la connaissance des membres de ce Comité sa lettre du 16 janvier 1976 concernant la troisième prorogation de la Convention relative à l'aide alimentaire de 1971. Suivant votre suggestion, je me fais un plaisir d'exposer ici brièvement les motifs de la démarche.

En tant que membre de la Convention depuis 1968, la Suisse a assumé tous ses engagements. Elle a livré de la farine à des organisations internationales d'entraide et à plusieurs pays ou versé des contributions en espèces destinées à l'achat de céréales ou de farine dans les pays membres de la Convention. Elle a également pris en charge les frais de transport dans la mesure des crédits disponibles.

La Suisse, qui ne produit pas de céréales en quantité suffisante pour sa propre consommation, doit acheter à l'étranger le complément nécessaire, de même que le tonnage de blé affecté à l'aide alimentaire.

Ce genre d'aide se heurte dans notre pays à une critique croissante car elle tient trop peu compte de nos structures et de notre politique agricoles. Vous n'ignorez pas, Monsieur le Président, que la Suisse dispose d'autres produits de haute qualité qu'elle exporte et qui constituent une précieuse contribution à l'aide alimentaire. Les autorités fédérales compétentes m'ont en conséquence chargé, en cas de nouvelle prorogation de la Convention, de proposer lors de cette session extraordinaire du Comité, une solution qui permettrait à mon pays de disposer d'une certaine souplesse en assumant, comme par le passé, ses obligations dans le cadre de cette Convention. Il s'agit, plus précisément, de nous offrir la possibilité d'effectuer certaines livraisons sous forme de produits laitiers.

Monsieur le Président, cette souplesse est importante pour nous car elle nous permettra de maintenir le niveau actuel de nos engagements au titre de la Convention. Il n'est donc pas question de réduire l'aide alimentaire fournie par la Suisse, bien au contraire. Pour que soient maintenus et les crédits actuellement à disposition des autorités fédérales à cette fin et la participation inchangée de la Suisse à la présente Convention, il importe que les conditions existantes en Suisse soient reconnues par les membres.

Vu les possibilités déjà offertes à d'autres membres de la Convention de remplir leurs obligations sous une forme autre que celle de la livraison de blé, de céréales secondaires ou de leurs produits dérivés, ma délégation pense que la Suisse devrait être à même de jouir de la même possibilité.

En conséquence, la Délégation suisse invite le Comité à donner son approbation à la solution suivante qui pourrait être inscrite au procès-verbal de cette session extraordinaire en tant que décision de ce Comité. Le texte de notre proposition sera libellé comme suit:

"Tout en confirmant les engagements pris, notamment leurs implications financières, la Suisse se réserve, d'entente avec les pays bénéficiaires, la possibilité d'effectuer certaines livraisons sous forme de produits laitiers, en particulier de lait en poudre. Dans de tels cas et avant toute opération de ce genre, les autorités suisses informeront le Comité de l'aide alimentaire des motifs et modalités de telles livraisons."

Monsieur le Président, je vous remercie ainsi que les membres de ce Comité, de la compréhension pour notre situation et de la bienveillance avec laquelle la solution proposée sera examinée.

Mr. Chairman,

At this stage it might be appropriate for me to say a few words about Norway's general position to the Food Aid Convention.

1. Norway is completely dependent upon supplies from other countries in order to cover her consumption of bread grains. If Norway should accede to the Food Aid Convention, the grains which Norway would have to grant as fulfilment of her obligations would have to be imported from other member countries.

2. It is clear that wheat and coarse grains meet only a small part of the developing countries need for additional supplies of food. Because of the wide range of products being channelled through the World Food Programme, Norway has strongly supported this U.N. body, which we regard as an effective organization. Through the World Food Programme Norway has contributed high protein food like fish and fish products. This is natural in view of our large production in this field.

In concluding, I wish to say that, the question of Norway's position to the extended Food Aid Convention, 1971 will be given careful consideration in the light of the existing circumstances.

Thank you Mr. Chairman.

Eidg. Getreideverwaltung
B e r n

Bern, den 26. Februar 1976

an					a/n
Datum	KAM	ABP	HL	KS	
Von	Ca		13		
EVD	27 FEV. 1976				

o. 191-21 ✓

o. 223-20 ✓ / o. 223-10

- Eidg. Finanzverwaltung
- Direktion für internationale Organisationen des EPD, Sektion internationale Hilfswerke
- Delegierter für technische Zusammenarbeit des EPD
- Handelsabteilung des EVD
- Abteilung für Landwirtschaft des EVD

Sehr geehrte Herren,

In der Beilage erhalten Sie den Bericht über die Verhandlungen im Komitee für die Nahrungsmittelhilfe vom 18. Februar in London.